

Terms and Conditions

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100

besitzt, bei den Gemeindewahlen das geziemende Gegen-
geschenk für diese humane Haltung nicht vorenthalten
wird.

Die Genossen Gruber, Mehr und Mayrhofer
weisen in ergreifenden Reden auf die furchtbare Woh-
nungsnot in ganz Oberösterreich und forderten die tatkräf-
tige Unterstützung des Landes zu ihrer Beseitigung, die
zugleich eine Milderung der Arbeitslosigkeit herbeiführen
würde.

Der Landtag nahm auch den sozialdemokratischen
Dringlichkeitsantrag einstimmig an und beschloß am 3. Juli
1922 die Aufnahme eines Wohnbaudarlehens von 2 Mil-
liarden und die Einführung von Zwecksteuern zur Be-
schaffung von Mitteln für den Wohnungsbau.

Es war aber alles nur Trug. Seit dem 3. Juli 1922
sind 19 Monate verflossen. Es wurde weder das Wohn-
baudarlehen von 2 Milliarden aufgenommen noch eine
Wohnbausteuer beschlossen. Unseren mahnenden Genossen
wurde heuchlerisch bedeutet, die Banken verweigerten dem
Lande den bezüglichen Kredit. Man bewarb sich um ein
Alibi und es wurde prompt geliefert. Nur schade, daß
die Behebungsmöglichkeit nicht fehlte, als bald darauf
das von den hartherzigen Kreditinstituten abgewiesene
Oberösterreich einen Kredit von mehr als zwanzig
Milliarden zur Deckung des Defizits im Landeshaus-
halte benötigte.

Da Vorstellungen in den Ausschüssen fruchtlos blieben,
sah sich unsere Partei gezwungen, einen neuen Antrag im
Landtage einzubringen, der sich mit der Wohnungsnot be-
schäftigt.

Es ist dies der Antrag der Genossen Gruber und
Mehr vom 18. Dezember 1923, in dem es unter Bezug-
nahme auf unseren Antrag vom 1. Juni 1922 heißt:

„Der Landtag hat unseren Antrag einstimmig an-
genommen, in den seither verflossenen 17 Monaten ist aber
auch nicht das Geringste geschehen, um diesen einhellig ge-
faßten Beschluß durchzuführen. Es ist dies ein beschämender
Beweis für den Mangel an Ernst, mit dem die Mehr-
heit die Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit im Lande be-
handelt und auch ein Zeichen des Respektes, den man Be-
schlüssen dieses Hauses entgegenbringt. Mit der Verant-
wortung für die Sabotage des von uns gestellten Antrages
belasten wir vor den Wohnungslosen und Arbeitslosen